

## **Stuttgart im Aufruhr: AfD-Kandidat sorgt für Konflikte bei Aufsichtsräten**

In Stuttgart blockieren politische Differenzen die Wahl eines AfD-Politikers in den Aufsichtsrat städtischer Unternehmen.

In der Landeshauptstadt Stuttgart steht eine kontroverse Entscheidung bevor, die die Besetzung der Aufsichtsräte der Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) und der Hafen GmbH betrifft. Hierbei hat die AfD mit ihrem Stadtrat Thomas Rosspacher einen Kandidaten ins Rennen geschickt, der für diverse Schlagzeilen und Debatten sorgt.

Normalerweise sind solche Besetzungen eine Routineangelegenheit, geregelt und einvernehmlich, doch dieses Mal ist die Situation angespannt. Christoph Ozasek, Mitglied der Klimaliste, hat sich entschieden, anstelle von Rosspacher für den SSB-Aufsichtsrat zu kandidieren. Gleichzeitig schlägt Ina Schumann von „Die Partei“ eine Alternative für den Hafen-Aufsichtsrat vor. Ozasek bezeichnet Rosspacher als „unwählbar“, was auf eine tiefere Konfliktlage hinweist, die aus Rosspachers umstrittenem politischem Auftreten resultiert.

### **Kontroverses Plakat und seine Folgen**

Die Hintergründe für diese Widerstände sind nicht unerheblich. Rosspacher hatte mit einem Plakat geworben, das die Worte „Schnelle Remigration schafft Wohnraum“ trug, was in der Öffentlichkeit für heftige Diskussionen sorgte. Der Vorwurf der Volksverhetzung wurde laut, als der Stuttgarter Stadtrat Luigi Pantisano die Staatsanwaltschaft einschaltete. Diese stellte

jedoch fest, dass das Plakat unter das Prinzip der Meinungsfreiheit fällt, und stellte die Ermittlungen ein.

Diese Situation skizziert den tiefen Graben, der zwischen den politischen Lagern herrscht. So merkte der CDU-Fraktionschef Alexander Kotz an, dass Ozasek möglicherweise nur Eigeninteressen verfolgt, da seine Motivation im Bereich des Nahverkehrs läge. Kotz gab zudem zu bedenken, dass die AfD in den Aufsichtsräten ohnehin keinen erheblichen Einfluss ausüben kann.

## **Die Debatte im Gemeinderat**

Am 12. September wird sich die SPD mit ihrer Strategie für dieses Dilemma auseinandersetzen. Sprecherin Jasmin Meergans hatte bereits angedeutet, dass sie nicht gewillt sei, zwischen „guten“ und „schlechten“ AfD-Politikern zu differenzieren, da ihrer Meinung nach alle eine rassistische Grundhaltung vertreten. Die Möglichkeit, die Nominierungen von Rosspacher in beiden Gremien zu blockieren, wird mit der Befürchtung verbunden, eine „Opferinszenierung“ der AfD auszulösen.

Der Gemeinderat wird schließlich am 19. September, in der ersten Sitzung nach der Sommerpause, eine entscheidende Wahl treffen. Vor diesem Hintergrund hat die Stadtverwaltung bisher keine rechtlichen Bedenken gegen eine Nominierung des AfD-Mannes geäußert. Dies unterstreicht die Schwierigkeit, in einem so emotional aufgeladenen Klima zu einer Einigung zu gelangen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die anstehende Aufsichtsratswahl in Stuttgart nicht nur eine einfache organisatorische Angelegenheit ist, sondern auch exemplarisch für die gegenwärtigen politischen Spannungen in Deutschland steht. Die unterschiedlichen Ansichten innerhalb der Parteien und die gesellschaftlichen Debatten, die sich um die AfD spinnen, zeigen, wie komplex und herausfordernd die politischen

Prozesse sein können.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**